



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen / Vergabe /
Internationales**

Frau Mahmod

Telefon: (0221) 221 25001

Fax: (0221) 221 26565

E-Mail: midia.mahmod@stadt-koeln.de

Datum: 18.03.2016

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 07.03.2016, 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bernd Petelkau	CDU
Herr Gerrit Krupp	SPD
Herr Christian Joisten	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Herr Werner Marx	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Berivan Aymaz	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Frau Julia Woller	GRÜNE
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Reinhard Houben	FDP	i. V. für Herrn Volker Görzel
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD	i. V. für Frau Monika Möller
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	i. V. für Herrn Christian Joisten ab 17:50 Uhr

Beratende Mitglieder

Herr Peter Mees	
Herr Thomas Hegenbarth	PIRATEN
Herr Markus Wiener	pro Köln
Herr Stefan-Lazar Mitu	INK
Frau Valentina Kerst	auf Vorschlag der SPD

Frau Dr. Annette Wittmütz	auf Vorschlag der SPD
Herr Axel Hopfauf	auf Vorschlag der CDU
Herr Christoph Schmitz	CDU
Frau Alexandra Staufenbiel	auf Vorschlag der CDU
Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE
Frau Inge Duman	auf Vorschlag der Grünen
Herr Tjark Sauer	Linke

Gäste

Herr Christer Cremer	Auf Vorschlag der AfD
----------------------	-----------------------

Verwaltung

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen	
Frau Susanne Hohenforst	
Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug	
Herr Dr. Lothar Becker	KVR (01-2)
Dr. Anne Bunte	Gesundheitsamt (53)
Frau Dagmar Dahmen	Abteilung Ausländerangelegenheiten (32)
Herr Dr. Andreas Engel	Amt für Informationsverarbeitung (12)
Herr Wolfgang Heintz	Amt für Personal, Organisation und Innovation (11)
Frau Ursula Herx	Rechts- und Versicherungsamt (30)
Frau Sabine Mießeler	Internationale Angelegenheiten (01-4)
Herr Engelbert Rummel	Amt für öffentliche Ordnung (32)
Herr Gero Schmidt	Zentrales Vergabeamt (27)

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Christine Kronenberg

GPR

Herr Jörg Dicken
Herr Ulrich Langner

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Möller	SPD
Herr Volker Görzel	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Franz Hess	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Kühle	FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen)
Herr Marco Malavasi	LSVD OV Köln
Herr Marcel Adolf	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Alf Bernd Spröde	Völklinger Kreis e.V.

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eli Abeke	BÜNDNIS 14
Herr Björn Blank	SC Janus e.V.

Herr Petelkau eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er trägt die folgenden Vorschläge der Verwaltung zur Zusetzung in die Tagesordnung vor:

I. Öffentlicher Teil

- A Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/ Internationales 0597/2016

- 3.2 Beantwortung der Anfrage aus der Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales vom 25.01.2016 betreffend TOP 4.3 Brüsseler Platz in Köln-Neustadt/Nord, hier: Durchführung einer Ideenwerkstatt (4096/2015) 0703/2016

- 4.4 Handlungskonzept zur Verhinderung und Reduzierung der pathologischen Glücksspielsucht in der Stadt Köln 0586/2016
(Die Mitteilung wurde als Sammelumdruck mit Schreiben vom 25.02.2016 allen Ausschussmitgliedern zugesandt.)

4.5 Ergebnis eines Penetrationstest auf "stadt-koeln.de" durch TÜV Trust IT
0661/2016

4.6 Sicherheit im öffentlichen Raum
hier: Sachstandbericht zum Beschluss des AVR aus seiner Sitzung am
25.01.2016 (Grundlage: AN/0200/2016)
0595/2016

6.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Organisationsstruktur Dezernat der
Oberbürgermeisterin"
AN/0377/2016

Stellungnahme der Verwaltung vom 07.03.2016
0658/2016

6.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Haushaltsaufstellungsverfahren"
AN/0378/2016

Stellungnahme der Verwaltung vom 07.03.2016
0814/2016

6.3 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend
"Videoüberwachung in Köln"
AN/0465/2016

8.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Konzept "Mehr Präsenz und
Ahndung durch verstärkten Ordnungsdienst" - Besetzung der vorgesehenen
weiteren 60 Planstellen
hier: Sofortmaßnahmen nach den Geschehnissen in der Silvesternacht"
AN/0150/2016
(*Verweisung aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 22.02.2016*)

8.3 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Personalgewinnung"
AN/0428/2016

Stellungnahme der Verwaltung vom 04.03.2016
0783/2016

8.4 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grü-
nen betreffend "Werbeträger im öffentlichen Raum"
AN/0466/2016

- 10.6 3. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2016 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2016 an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten
4113/2015
(Die Vorlage wurde als Sammelumdruck mit Schreiben vom 24.02.2016 allen Ausschussmitgliedern zugesandt.)
- 10.7 5. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Rheinische Musikschule der Stadt Köln
0192/2016
(Die Vorlage wurde als Sammelumdruck mit Schreiben vom 24.02.2016 allen Ausschussmitgliedern zugesandt.)
- 10.8 Bedarfsfeststellung für die Seniorenvertretungswahl am 22. Oktober 2016
0464/2016
- 10.9 Konzept "Mehr Präsenz und Ahndung durch verstärkten Ordnungsdienst"
0423/2016
- Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0486/2016
- 10.10 Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen
Überführung des Evaluationsbetriebes in den Echtbetrieb
3516/2015
(Die Vorlage wurde als Sammelumdruck mit Schreiben vom 04.03.2016 allen Ausschussmitgliedern zugesandt.)

II. Nichtöffentlicher Teil

- 14.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Werbung in städtischen Publikationen"
AN/0468/2016
- 17.6 Bedarfsfeststellung zur Beteiligung der Stadtverwaltung Köln an einem Rahmenvertrag des Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister (KDN) über Software zur Virtualisierung von Computersystemen im Serverbereich
0403/2016
- 17.7 Abschluss eines Liefervertrages mit dem Logistikzentrum Niedersachsen zur Bedarfsdeckung der Dienstkleidung der Außendienstmitarbeiter des Ordnungs- und Verkehrsdienstes des Ordnungsamtes des Amtes für Öffentliche Ordnung
0535/2016

- 17.8 Teilnahme der Stadt Köln am Lizenzvertrag des Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister (KDN) mit der Firma Oracle
0663/2016

Des Weiteren gibt der Vorsitzende folgende Absetzung im öffentlichen Teil bekannt:

- 10.1 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen, Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln
0666/2015

Er informiert über das Vorliegen eines Dringlichkeitsantrages der SPD-Fraktion sowie der entsprechender Stellungnahme der Verwaltung hierzu:

- 8.3 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Personalgewinnung“
AN/0428/2016
Stellungnahme der Verwaltung vom 07.03.2016
0783/2016

Nach einer kurzen Aussprache lehnt der Ausschuss die Dringlichkeit gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion DieLinke ab.

Der Vorsitzende teilt mit, dass ein weiterer Dringlichkeitsantrag vorliegt:

- 8.4 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Werbeträger im öffentlichen Raum“
AN/0466/2016

Der Ausschuss stimmt der Dringlichkeit nach einer kurzen Aussprache einstimmig zu.

Der Vorsitzende trägt den Vorschlag der Verwaltung vor, dass TOP 8.1, 8.2 und 10.9 wegen Sachzusammenhang gemeinsam behandelt werden. Der Ausschuss stimmt diesem Vorschlag einstimmig zu.

Der Ausschuss erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einverstanden:

I. Öffentlicher Teil

A Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/ Internationales
0597/2016

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Internationales

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung einer Anfrage der Piratengruppe zur Schließung von öffentlichen Toiletten und Forderung nach Drogenkonsumraum
3900/2015

3.2 Beantwortung der Anfrage aus der Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales vom 25.01.2016 betreffend TOP 4.3 Brüsseler Platz in Köln-Neustadt/Nord, hier: Durchführung einer Ideenwerkstatt (4096/2015)
0703/2016

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Situation in Porz Finkenberg
3354/2015

4.2 Förderung der Integration von ausländischen Zuwanderern
0017/2016

4.3 Sachstandsbericht zur Ausstattung der Flüchtlingswohnheime mit WLAN
0511/2016

4.4 Handlungskonzept zur Verhinderung und Reduzierung der pathologischen Glücksspielsucht in der Stadt Köln
0586/2016

4.5 Ergebnis eines Penetrationstest auf "stadt-koeln.de" durch TÜV Trust IT
0661/2016

4.6 Sicherheit im öffentlichen Raum
hier: Sachstandsbericht zum Beschluss des AVR aus seiner Sitzung am 25.01.2016 (Grundlage: AN/0200/2016)
0595/2016

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

- 6.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Organisationsstruktur Dezernat der Oberbürgermeisterin"
AN/0377/2016

Stellungnahme der Verwaltung vom 07.03.2016
0658/2016

- 6.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Haushaltsaufstellungsverfahren"
AN/0378/2016

Stellungnahme der Verwaltung vom 07.03.2016
0814/2016

- 6.3 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Videoüberwachung in Köln"
AN/0465/2016

7 Mündliche Anfragen

8 Anträge

- 8.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Konzept "Mehr Präsenz und Ahndung durch verstärkten Ordnungsdienst" - Besetzung der vorgesehenen weiteren 60 Planstellen
hier: Sofortmaßnahmen nach den Geschehnissen in der Silvesternacht"
AN/0152/2016

- 8.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Konzept "Mehr Präsenz und Ahndung durch verstärkten Ordnungsdienst" - Besetzung der vorgesehenen weiteren 60 Planstellen
hier: Sofortmaßnahmen nach den Geschehnissen in der Silvesternacht"
AN/0150/2016

- 8.3 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Personalgewinnung"
AN/0428/2016

Stellungnahme der Verwaltung vom 04.03.2016
0783/2016

- 8.4 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Werbeträger im öffentlichen Raum"
AN/0466/2016

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

- 10.1 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen, Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln
0666/2015
- 10.2 "Null Toleranz für Raser" - Ordnungsbehördliche Maßnahmen gegen die Raserszene im Kölner Stadtgebiet - Maßnahmenpaket II - Auenweg und Ringe
3678/2015
- 10.3 Bedarfsfeststellung über die Ausschreibung eines Rahmenvertrages von Dienstleistungen zum Bewachen von Baken / Absperrungen im Kölner Stadtgebiet und sonstigen Dienstleistungen
0011/2016
- 10.4 Änderung der Vergnügungssteuersatzungen für Spielgeräte bzw. Geldspielgeräte und Spielgeräte ohne Gewinnmöglichkeit
0165/2016
- 10.5 Markenprozess Köln - Erfüllung des Ratsauftrages und Fortführung der Aufgabe
3383/2015
- 10.6 3. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2016 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2016 an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten
4113/2015
- 10.7 5. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Rheinische Musikschule der Stadt Köln
0192/2016
- 10.8 Bedarfsfeststellung für die Seniorenvertretungswahl am 22. Oktober 2016
0464/2016
- 10.9 Konzept "Mehr Präsenz und Ahndung durch verstärkten Ordnungsdienst"
0423/2016
- Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0486/2016
- 10.10 Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen
Überführung des Evaluationsbetriebes in den Echtbetrieb
3516/2015

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

II. Nichtöffentlicher Teil

12 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

13 Mitteilungen der Verwaltung

14 Schriftliche Anfragen

- 14.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Werbung in städtischen Publikationen"
AN/0468/2016

15 Mündliche Anfragen

16 Anträge

17 Allgemeine Vorlagen

- 17.1 Bedarfsfeststellung über die stadtweite Bereitstellung von elektronischen Auf-
rufanlagen
3663/2015
- 17.2 Beteiligung der Stadt Köln an einem Enterprise License Agreement über Vi-
renschutz-Software des Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister (KDN)
mit einem führenden Hersteller
4030/2015
- 17.3 Einrichtung einer neuen Kindertageseinrichtung in Köln-Sülz
4051/2015
- 17.4 Bedarfsfeststellungsbeschluss über die Einführung der elektronischen Akte in
der Ausländerabteilung
0107/2016
- 17.5 Ertüchtigung der Telekommunikationsanlage (ACD-Anlage) beim Bürgertele-
fon der Stadt Köln
0365/2016
- 17.6 Bedarfsfeststellung zur Beteiligung der Stadtverwaltung Köln an einem Rah-
menvertrag des Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister (KDN) über
Software zur Virtualisierung von Computersystemen im Serverbereich
0403/2016

- 17.7 Abschluss eines Liefervertrages mit dem Logistikzentrum Niedersachsen zur Bedarfsdeckung der Dienstkleidung der Außendienstmitarbeiter des Ordnungs- und Verkehrsdienstes des Ordnungsamtes des Amtes für Öffentliche Ordnung
0535/2016

- 17.8 Teilnahme der Stadt Köln am Lizenzvertrag des Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister (KDN) mit der Firma Oracle
0663/2016

I. Öffentlicher Teil

A Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/ Internationales 0597/2016

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales bestellt für die restliche Dauer der Wahlperiode 2014 bis 2020 Frau Midia Mahmod zur stellvertretenden Schriftführerin des Ausschusses.

Die Bestellung von Frau Silvia Goretzki zur stellvertretenden Schriftführerin wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Köln, Frau Kronenberg, teilt dem Ausschuss mit, dass anlässlich des internationalen Weltfrauentages am 08. März eine Veranstaltung am vergangenen Freitag unter Teilnahme der Oberbürgermeisterin der Stadt Köln stattgefunden habe. Die Feier wurde interaktiv gestaltet und von den rund 600 Gästen sehr gelobt.

Des Weiteren informiert Frau Kronenberg über die heute beginnende Ausstellung der Katholischen Frauenverbände zum Thema „Entgeltgerechtigkeit von Frauen und Männern“ im Kölner Rathaus.

Abschließend gibt sie dem Ausschuss noch eine Rückmeldung bezüglich des am 11.12.2015 durchgeführten Workshops für Frauen im mittleren Dienst, an welchem insgesamt 22 Mitarbeiterinnen des mittleren Dienstes der Stadt Köln teilgenommen haben. Im Vordergrund stand deren beruflicher Veränderungswille. Im Rahmen des Workshops wurden verschiedene Forderungen kundgetan, welche nun vom Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern in Zusammenarbeit mit dem Amt für Personal, Organisation und Innovation sowie mit dem Betrieblichen Gesundheitsmanagement angegangen werden. Auf Nachfrage von RM Houben führt Frau Kronenberg aus, dass zum oben genannten Workshop kein fester Personenkreis geladen war, sondern die Teilnahme allen aktuell rund 6.500 im mittleren Dienst der Kölner Stadtverwaltung beschäftigten Frauen freistand.

RM Aymaz dankt Frau Kronenberg für ihre Ausführungen und äußert sich zu den gestrigen Vorfällen in der Kölner Partnerstadt Istanbul, im Rahmen derer Frauen von der Polizei gewaltsam angegriffen worden sind. Sie bringt ihre Solidarität mit den Frauen in Istanbul zum Ausdruck.

2 Internationales

Herr Petelkau gibt die Anregung, dass in der nächsten Sitzung die einzelnen Städtepartnerschaften der Stadt Köln von der Verwaltung vorgestellt werden.

Frau Mießeler sagt zu, diese Anregung entsprechend aufzunehmen.

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung einer Anfrage der Piratengruppe zur Schließung von öffentlichen Toiletten und Forderung nach Drogenkonsumraum 3900/2015

RM Hegenbarth bedankt sich für die umfassende Beantwortung der Anfrage. Aus seiner Sicht habe sich die generelle Situation aktuell allerdings nicht verbessert. Insbesondere die Befragung und das Gutachten würden bestätigen, dass die Hilfestruktur wenig ausgebaut sei und niederschwellige Komplexangebote in Köln im Vergleich zu anderen Großstädten wenig vorhanden sind. Er fragt nach, warum ein weiterer – nicht von einem Verein getragener – Drogenkonsumraum von der Stadt nicht gestellt werde.

Frau Dr. Bunte äußert, dass sich eine entsprechende Beschlussvorlage zurzeit in der Endabstimmung innerhalb der Verwaltung befindet.

Herr Bauer-Dahm bittet darum, dass die Mitteilung auch an die Bezirksvertretungen Kalk und Mülheim gegeben wird.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

3.2 Beantwortung der Anfrage aus der Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales vom 25.01.2016 betreffend TOP 4.3 Brüsseler Platz in Köln-Neustadt/Nord, hier: Durchführung einer Ideenwerkstatt (4096/2015) 0703/2016

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Situation in Porz Finkenberg 3354/2015

RM Joisten merkt an, dass die Mitteilung in der letzten AVR-Sitzung am 25.01.2016 zurückgestellt worden ist. Der Inhalt der Mitteilung irritiere ihn jedoch ein wenig, da sie ein positiveres Bild aufzeige als sich tatsächlich darstelle. Die Aspekte „Drogenhandel und -konsum“ würden ihm von integrationswilligen Personen immer wieder als besonderes Problem geschildert. Es gäbe einen florierenden Handel in einigen Häusern in Finkenberg. Insofern bitte er alle Beteiligten, auch die Verwaltung, entsprechend auf die Polizei einzuwirken, sodass sehr viel konsequenter und innerhalb dieser Häuser vorgegangen werde. Viele Mieterinnen und Mieter seien sehr bemüht, ein strukturiertes und sozial angepasstes Leben zu führen. Er ist der Meinung, dass aus städtischer Sicht durchaus noch Handlungsbedarf bestehe, auch über den Inhalt der Mitteilung hinaus, insbesondere im Rahmen der Wohnungsaufsicht. Daher wünsche er sich insbesondere von dem entsprechend zuständigen Amt für Wohnungswesen vor Ort mehr Unterstützung für die Mieterinnen und Mieter.

Herr Marx schließt sich den Ausführungen von RM Joisten an. Darüber hinaus spricht er das in der Mitteilung angesprochene Thema „Müll- und Verwahrlosungsproblematik“ an und zeigt in diesem Zusammenhang Fotos von Finkenbergring, auf welchen sich große Mengen von Müll neben den Mülleimern und -behältern befinden. Dieser Müll liege teilweise Wochen so vor Ort. Dies sei sowohl für die Mieterinnen und Mieter als auch für die Eigentümerinnen und Eigentümer ein Ärgernis. Er könne daher nicht erkennen, dass sich an der Situation in Finkenbergring nachhaltig etwas verbessert habe. Aus seiner Sicht müsse die Verwaltung daher noch entsprechend nacharbeiten. Des Weiteren nimmt er Stellung zu dem in der Mitteilung angesprochenem Thema „Gefährliche Hunde“. In Bezug auf die in der Mitteilung getroffene Aussage, dass diesbezüglich nichts nennenswertes festgestellt werden konnte, möchte er von der Verwaltung wissen, wie dies ermittelt worden sei. Ebenso wie RM Joisten greift auch er das Thema „Drogenhandel und -konsum“ auf. Er betont, dass diese Problematik nicht hinnehmbar sei, daher müsse in Kooperation mit der Polizei stärker dagegen vorgegangen werden. Zu dem in der Mitteilung angesprochenen Aspekt „Möglichkeiten der Mietkürzungen/ Mietminderungen“ stellt er fest, dass das neue Wohnungsaufsichtsgesetz der Verwaltung einige Handlungsmöglichkeiten biete, insbesondere bekomme die Verwaltung durch dieses Gesetz einen entsprechenden Ermittlungsauftrag, wenn ihr Hinweise bekannt werden, dass eine Verwahrlosung im Wohnraum auch auf dem Außengelände vorzufinden sei. In diesem Zusammenhang habe er in der Bezirksvertretung Porz eine Anfrage gestellt, inwieweit das neue Wohnungsaufsichtsgesetz greift. Aus der entsprechenden Antwort der Verwaltung aus April 2015 gehe hervor, dass diese noch keinen „Pack-an“ bzw. kein zusätzliches Personal hierfür zur Verfügung habe. Um eine befriedigende Situation sowohl für die Mieterinnen und Mieter als auch für die Eigentümerinnen und Eigentümer zu gewährleisten, muss die Verwaltung auch hier noch entsprechend nachbessern. Er möchte von der Verwaltung wissen, ob personelle Zusetzungen in diesem Bereich beabsichtigt seien. Des Weiteren fragt er, ob sich die Problematik „Überbelegung“ seit Einführung des neuen Meldegesetzes verbessert habe. Abschließend äußert er sich zu dem bereits in der letzten AVR-Sitzung angesprochenen Handlungskonzept, dessen Erstellung bereits im November 2014 von der Bezirksvertretung Porz beschlossen worden sei, aber bis heute nicht vorliege. Er bittet um Mitteilung, wann die Bezirksvertretung Porz bzw. der AVR hiermit rechnen kann.

RM Aymaz bittet darum, die vorliegende Mitteilung auch dem Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis zu geben.

Herr Stadtdirektor Kahlen teilt mit, dass die Stadtverwaltung um die angesprochene Problematik wisse. Zurzeit zähle Finkenbergring selbstverständlich zu den sogenannten Sozialraumgebieten, wie der Mitteilung auch zu entnehmen ist. Die Stadtverwaltung stehe momentan in Diskussion mit dem Land, ob diese Maßnahmenprogramme in das Bewilligungsverfahren umgesetzt werden können. Es sei nun die Frage aufgetaucht, ob jeweils eigenständige Integrierte Handlungskonzepte vorgelegt werden müssen. Daher konnte das Verfahren bzw. die Zusammenarbeit mit dem zuständigen Ministerium in Bezug auf die insgesamt 11 Sozialraumgebiete in Köln bisher noch nicht abgeschlossen werden. Zwar existiere das Konzept, jedoch ist es solange noch nicht von Nutzen, bis es die entsprechende Bewilligungsbehörde für bewilligungsfähig erklärt. Gleiches gelte auch für das Gebiet Porz-Ost (bestehend aus Gremberghoven und Eil). In Bezug auf die zuvor aufgeworfenen Fragen der Vorredner schlägt Herr Stadtdirektor Kahlen einen gesonderten Vor-Ort-Termin mit den Beteiligten vor. Er teilt mit, dass sich die Situation insgesamt zumindest aus Sicht der AWB bereits verbessert habe. Der Aspekt der Kriminalität in Finkenbergring müsse in Relation zu anderen

Stadtbezirken bzw. -teilen, beispielsweise Kalk oder Mülheim, betrachtet werden. Diese seien ebenfalls Handlungsschwerpunkt. Die Fragen in Bezug auf Mietkürzungen/ Mietminderungen bzw. das neue Meldegesetz werden an das entsprechend zuständige Dezernat V bzw. an das Amt für Wohnungswesen weitergegeben.

Herr Rummel äußert sich zum Aspekt „gefährliche Hunde“. Er teilt mit, dass im Rahmen der Kontrollen keine Auffälligkeiten festgestellt werden konnten. Betrachtet man den Durchschnitt der gesamten Stadt, schlägt dieser in Finkenbergring weder nach oben noch nach unten aus. Dort liege eine unauffällige Beschwerdelage und -feststellung vor. Nichts desto trotz müsse dieser Beschwerdelage nachgegangen werden, wenn auch diese sich möglicherweise subjektiv darstellt.

RM Joisten bedankt sich für die Ausführungen seitens der Verwaltung und äußert Zustimmung zu dem vom Stadtdirektor vorgeschlagenen Vor-Ort-Termin. Auch er ist der Auffassung, dass sich die Situation aus Sicht der AWB bereits verbessert habe. Aus seiner Sicht sind die privaten Flächen das Hauptproblem, weshalb er vorschlägt, die Wohnungseigentümerinnen und Wohnungseigentümer ebenfalls zu dem Vor-Ort-Termin einzuladen.

Unter Hinweis auf die Fotodokumentation von November 2015 und Januar 2016, auf welchen große Mengen von Müll neben den Mülleimern und -behältern abgelichtet sind, äußert Herr Marx, dass er den Vorschlag zu einem Vor-Ort-Termin gerne annimmt.

Herr Stadtdirektor Kahlen bittet Herrn Marx um Zusendung der gezeigten Fotos.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.2 Förderung der Integration von ausländischen Zuwanderern 0017/2016

RM Elster skizziert kurz die Aussagen, welche im Rahmen der Sitzung des Integrationsrates am 29.02.2016 zu dieser Mitteilung getroffen worden sind. Dort sei begrüßt worden, dass die Verwaltung bei dem Thema Integration nachlege. Des Weiteren sei es wichtig, nun aus der Phase der reinen Logistik, Unterbringung, Verpflegung und Versorgung mit Gesundheitsleistungen etc. in die Phase der Integration der Menschen zu schreiten und ihnen Chancen zu ermöglichen. Er bedankt sich bei der Verwaltung, dass sie in diesem Zusammenhang bereits sehr viel erreicht und ihr Wohlwollen zum Ausdruck gebracht habe. Er betont, dass nun weitere Schritte folgen müssen.

RM Joisten unterstreicht den Bedarf an einer verbesserten und koordinierenden Steuerung in Bezug auf die verschiedenen Angebote zur Förderung der Integration der Geflüchteten. Die Koordination der Angebote der verschiedenen Trägerschaften etc. spiele eine entscheidende Rolle, da nur so die „echte Integration“ gelingen könne. Er äußert, dass die Angebote gut seien, sie müssten jedoch ausgebaut und besser koordiniert werden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.3 Sachstandsbericht zur Ausstattung der Flüchtlingswohnheime mit WLAN 0511/2016

Herr Petelkau bedankt sich bei der Verwaltung für die schnelle Umsetzung der Ausstattung der Flüchtlingswohnheime mit WLAN.

RM Krupp schließt sich den Worten seines Vorredners an und richtet seinen Dank auch an NetCologne.

Auf Nachfrage von Herrn Bauer-Dahm erläutert Herr Dr. Engel, dass die interne Verkabelung von Gebäuden, insbesondere von Hotels, die städtischen Investitionsmöglichkeiten weit übersteigen würde. Die Liegenschaften seien nach Kriterien ausgewählt, nach welchen eine möglichst zügige Installation vorgenommen werden kann. Das seien bevorzugt Liegenschaften, welche für die Stadt leicht zugänglich sind. Im Übrigen werden alle Flüchtlingsunterkünfte im Auge behalten und die als Anlage 1 des Sachstandsberichtes vorliegende Auflistung abgearbeitet.

RM Joisten erkundigt sich weiterhin nach der WLAN-Versorgung der Flüchtlinge, die in Turnhallen untergebracht sind. Dort herrsche aufgrund der Gemengelage ohnehin sozialer Druck, weshalb zumindest die Kommunikation nach außen sichergestellt werden sollte. Seines Erachtens fehlen die Turnhallen-Standorte auf der zuvor genannten Liste fast vollständig. Die Stadt müsse auch in Bezug auf diese einen entsprechenden Versorgungsauftrag wahrnehmen, zumal diese städtisches Eigentum sind.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.4 Handlungskonzept zur Verhinderung und Reduzierung der pathologischen Glücksspielsucht in der Stadt Köln 0586/2016

Der Ausschuss stellt die Mitteilung zur nächsten Sitzung am 25.04.2016 zurück.

4.5 Ergebnis eines Penetrationstest auf "stadt-koeln.de" durch TÜV Trust IT 0661/2016

RM Krupp lobt die Verwaltung für das Ergebnis des Penetrationstests.

RM Hegenbarth stellt klar, dass im Rahmen des Penetrationstest lediglich die Domäne der Stadt Köln getestet worden sei. Seines Erachtens sei die Überprüfung der vollständigen Informationstechnik (IT) viel wichtiger. Seiner Erinnerung nach habe Herr Dr. Engel dazu in der Vergangenheit bereits ein Zeitfenster genannt. Er erkundigt sich nach diesem.

Herr Dr. Engel erläutert daraufhin, dass die Domäne die Hauptzugangsmöglichkeit zu den städtischen Diensten darstellt und mit der Domäne „stadt-koeln.de“ auch den Internetzugang. Angreiferinnen und Angreifer nutzen in der Regel die auf der Website der Stadt Köln verfügbaren Anwendungen und Formulare als „Einfallstore“ in die städtischen IT-Systeme. Insbesondere im Hinblick auf das große Informationsangebot, welches auf der städtischen Website bereitgestellt wird, sei dies ein wichtiger Test gewesen. Ferner erläutert er, dass dieser Penetrationstest Teil einer Serie von Maß-

nahmen sei, die zur Sicherung der städtischen Infrastruktur permanent durchgeführt werde. Er kündigt an, dass an der Verfeinerung der Sicherheitskonzepte weiter gearbeitet werde, weist aber auch darauf hin, dass Sicherheit ebenfalls durch Sensibilisierung der Nutzerinnen und Nutzer gewährleistet werde, weshalb man sich auch einer Sensibilisierungskampagne annehmen müsse. Abschließend teilt er mit, dass das Amt für Informationsverarbeitung weitere Penetrationstests einzelner Segmente der IT-Systeme durchführen und damit kontinuierlich an der Härtung der IT-Systeme arbeiten werde.

RM Hegenbarth bezieht sich auf die Ausführungen seines Vorredners und fragt nach, ob weitere Penetrationstests kontinuierlich oder in diesem Jahr durchgeführt werden. Nach einem kurzen Zwiegespräch zwischen den beiden Vorrednern merkt der Ausschussvorsitzende an, dass alles Weitere im Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation zu klären sei.

RM Dr. Elster lobt diesen wichtigen Meilenstein und bezeichnet die Sicherung der IT-Systeme als regelmäßige Aufgabe.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.6 Sicherheit im öffentlichen Raum
hier: Sachstandbericht zum Beschluss des AVR aus seiner Sitzung am
25.01.2016 (Grundlage: AN/0200/2016)
0595/2016**

Dieser TOP wird wegen Sachzusammenhang gemeinsam mit TOP 8.1, 8.2 und 10.9 unter 10.9 behandelt.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

**6.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Organisationsstruktur Dezernat der Oberbürgermeisterin"
AN/0377/2016**

**Stellungnahme der Verwaltung vom 07.03.2016
0658/2016**

RM Krupp bedankt sich für die bereits vorliegende Stellungnahme der Verwaltung vom 07.03.2016 in Bezug auf die Anfrage und merkt in diesem Zusammenhang an, dass die Stelle „Flüchtlingskoordinator“ zwar im Rahmen von Frage 1 aufgeführt sei, im Rahmen von Frage 2 jedoch nicht genannt werde. Er erkundigt sich daher nach der Bewertung der Stelle „Flüchtlingskoordinator“ sowie nach der Leitungsspanne dieser Stelle. Ferner spricht er die unter der Antwort zu Frage 1 aufgeführte Trennung der Stellen „persönliche Referentin, Termine, Reden, Förderung und Anerkennung bürgerlichen Engagements“ und „Amtsleiter, Strategische Steuerung“ an, durch diese die Stellen bei 01 verstärkt werden. Er kritisiert die Tatsache, dass die Stelle „Amtsleiter, Strategische Steuerung“ nach wie vor nach BGr. B 3 ÜBesG NRW bewertet ist,

wenngleich sie in der Vergangenheit zusätzlich die Ausweisung „persönlicher Referent“ mit umfasst hat. Er stellt das im Ausschreibungstext dieser Stelle geforderte Kriterium „Promotion“ in Frage. Abschließend greift er die Antwort der Verwaltung auf Frage 5 auf und erinnert in diesem Zusammenhang an das Gleichstellungsgebot.

Herr Stadtdirektor Kahlen nimmt Bezug auf die Ausführungen seines Vorredners und betont den im Rahmen der Antwort auf Frage 1 aufgeführten Hinweis, dass der Abstimmungsprozess noch nicht abgeschlossen sei. Dies gelte insbesondere im Zusammenhang mit der Stelle „Flüchtlingskoordinator“. Er führt aus, dass aufgrund des großen Handlungsdruckes von einer sogenannten Zuweisung als vorübergehende Maßnahme Gebrauch gemacht worden sei. Im Ergebnis konnte so ein Mitarbeiter von seiner bisherigen Aufgabe entbunden werden und bei 01 als „Flüchtlingskoordinator“ zugewiesen werden. Die Frage der Aufgabeninhalte dieser Stelle sei noch in Diskussion. Er sichert zu, dem Ausschuss die Beantwortung der Fragen zur Aufgabenstellung, Leitungsspanne und Bewertung dieser Stelle zu übermitteln, sobald diese feststehen. In Bezug auf die vorgenommene Trennung der Stellen „persönliche Referentin, Termine, Reden, Förderung und Anerkennung bürgerlichen Engagements“ und „Amtsleiter, Strategische Steuerung“ führt er zum einen aus, dass Ministerien auf Bundes- und Landesebene dies ebenfalls so handhaben und zum anderen, dass es sowohl für als auch gegen diese klassische Aufgabentrennung gute Gründe gebe.

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung vom 07.03.2016 zur Kenntnis.

6.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Haushaltsaufstellungsverfahren" AN/0378/2016

Stellungnahme der Verwaltung vom 07.03.2016 0814/2016

Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung vom 07.03.2016 zur Kenntnis.

6.3 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Videoüberwachung in Köln" AN/0465/2016

Herr Petelkau merkt an, dass zu dieser Anfrage noch keine Stellungnahme der Verwaltung vorliegt und die Anfrage daher in die nächste AVR-Sitzung am 25.04.2016 verschoben wird.

Herr Stadtdirektor Kahlen spricht den Sachstandsbericht des Beschlusses der AVR-Sitzung vom 25.01.2016 bezüglich „Sicherheit im öffentlichen Raum“ (vgl. TOP 4.6) an. Dieser Bericht bezieht sich unter anderen auch auf Videoüberwachung als eine Maßnahme zur Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum. Er betont, dass Videoüberwachung im öffentlichen Raum gemäß § 15 PolG NRW jedoch der alleinigen Zuständigkeit der Polizei unterliegt. Die sachlichen und personellen Ressourcen (vgl. Frage 5 der Mitteilung) liegen daher bei der Polizei. Er ergänzt, dass die Stadt Köln die Polizei in Bezug auf Videoüberwachung im öffentlichen Raum selbstverständlich unterstütze.

RM Richter bittet um schriftliche Beantwortung dieser Anfrage bis zur nächsten AVR-Sitzung am 25.04.2016, was Herr Rummel daraufhin zusichert.

Beschluss:

Der Ausschuss stellt die Anfrage zur nächsten Sitzung am 25.04.2016 zurück.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Arbeitsbelastung in der Abteilung Ausländerangelegenheiten

Herr Hopfau spricht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung Ausländerangelegenheiten im Amt für öffentliche Ordnung Anerkennung aus, insbesondere für die Bereitschaft, momentan auch samstags zu arbeiten. Er fragt in diesem Zusammenhang nach der konkreten aktuellen Arbeitsbelastung in diesem Bereich sowie nach Wünschen der Verwaltung an die Kommunalpolitik, um die Arbeitsbelastung erträglicher zu gestalten.

Herr Stadtdirektor Kahlen teilt mit, dass sich der Arbeitsaufwand in diesem Bereich durch die steigenden Flüchtlingszahlen faktisch vervierfacht habe. Die Verwaltung befasse sich mit dieser Problematik, auch in Zusammenarbeit mit der Personalvertretung. Er teilt mit, dass bereits Stellen zugesetzt worden sind, wobei die Einarbeitung der neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wiederum eine Erschwernis für das bereits vorhandene Personal darstellt. Ferner führt er aus, dass eine massive „Raumnot“ bestehe, welche seinem Eindruck nach neben der Frage der tatsächlichen Stellenbesetzung und Einarbeitung das Hauptproblem darstelle.

Herr Rummel teilt dem Ausschuss ergänzend mit, dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern grundsätzlich frei gestellt ist, samstags zu arbeiten, dies aber spürbar zu einer Entlastung führe. Darüber hinaus verkündet er, dass für diese Mehrarbeit am Wochenende entsprechende Anreize geschaffen worden sind und die Regelungen zur Samstagsarbeit gemäß den gesetzlichen Anforderungen in Zusammenarbeit mit dem Personalrat entstanden sind. Man sei übereinstimmend der Meinung, dass dies dennoch nur eine vorübergehende Lösung sein könne.

Herr Hopfau fragt nach einer Bilanz bezüglich der Besetzung der offenen Planstellen im genannten Bereich.

Herr Rummel entgegnet, dass dies erfreulicher funktioniere wie zunächst vermutet. Er führt aus, dass in Kürze alle Stellen, die sich zurzeit im Besetzungsverfahren befinden, besetzt sein werden. Weitere Stellen seien aber erforderlich.

Auf Nachfrage von Herrn Hopfau führt Frau Dahmen aus, dass der Stellenbedarf auf Basis der Zahlen 2015 ermittelt worden sei und alle Stellen, abgesehen von 4 bis 5 Stellen, im besten Fall im Sommer 2016 unter Berücksichtigung der Erstzuweisungen besetzt sein werden. Ferner erläutert sie, dass durch das Thema „Sicherheit“ ein weiterer Personalbedarf entstehen werde, welcher dann in Abstimmung mit dem Amt für Personal, Organisation und Innovation beziffert werden wird. Nach einer vorläufigen Einschätzung seien dies in etwa weitere 4 bis 5 Stellen, welche für das genannte Thema noch benötigt werden.

Abschließend betont Herr Hopfau erneut, dass die Bereitschaft zur Samstagsarbeit mit Anerkennung zur Kenntnis genommen werden müsse. Der Ausschuss drückt seine Zustimmung aus.

7.2 „Kölner Lichter 2016“

RM Richter fragt nach einem Sachstand zur diesjährigen Veranstaltung „Kölner Lichter“ am Rheinboulevard in Bezug auf das Einladen von Ehrenamtlichen.

Herr Stadtdirektor Kahlen sichert die Beantwortung bis zur nächsten Sitzung am 25.04.2016 zu.

7.3 Personalratswahlen

Herr Sauer erläutert, er habe der Presse entnommen, dass es Umstrukturierungen innerhalb der Kölner Stadtverwaltung geben soll, im Rahmen derer verschiedene Ämter Dezernaten neu zugeordnet werden sollen. In Anbetracht der Tatsache, dass vom 30.05. bis zum 10.06.2016 die Personalratswahlen durchgeführt werden, fragt er die Verwaltung, wie diese sicherstellen möchte, dass die Beschäftigten in ihrer neuen Dienststelle ein Wahlrecht haben bzw. welche Auswirkungen die angesprochene Umstrukturierung auf die Personalräte hat. Darüber hinaus bittet er die Personalvertretung um eine Einschätzung dieser Angelegenheit.

Herr Stadtdirektor Kahlen weist darauf hin, dass der Rat nach der Gemeindeordnung das Recht habe, die (bereits beschlossenen) Geschäftskreise von Beigeordneten zu verändern. Insofern sei abzuwarten, inwiefern die bereits diskutierten Veränderungen tatsächlich vom Rat beschlossen werden. Er erläutert, dass die Verwaltung bereits mit dem Gesamtpersonalrat sowie mit den möglicherweise betroffenen Personalräten im Gespräch sei, inwieweit bei einem Ratsbeschluss noch ausreichend Zeit bliebe, um beispielsweise das Aufstellungsverfahren rechtzeitig zu schaffen. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, ob der Wahltermin an sich bei einer möglichen Umstrukturierung auf einen Zeitpunkt, der eine entsprechende Aufstellung der Bewerberinnen und Bewerber zeitlich ermöglicht, verschoben werden kann. Er erläutert, dass es für solche Fälle interimistische Konzepte gebe. Sobald diesbezüglich eine juristische Klarheit gegeben sei, wird eine entsprechende Antwort gegeben werden können.

Herr Dicken betont, dass gerade die Verschiebung des Wahltermins die Problematik sei. Laut Landespersonalvertretungsgesetz endet die laufende Legislaturperiode eindeutig am 30.06.2016. Er erläutert, dass die Verschiebung der Wahl um eine Woche nach hinten zwar rechtlich möglich sei, nichtsdestotrotz seien rund 850 Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter vom Amt für Landschaftspflege und Grünflächen sowie rund 200 Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter vom Umwelt- und Verbraucherschutzamt betroffen. Fasst der Rat also nicht zeitnah einen entsprechenden Beschluss, würden möglicherweise über 1.000 Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter einen Personalrat wählen, der nach einer Umstrukturierung nie für sie zuständig sein wird. Daher appelliert er anschließend an die im Rat vertretenden Parteien, möglichst schnell eine Entscheidung herbeizuführen.

7.4 Videoüberwachung in Köln

RM Hegenbarth greift TOP 6.3 (Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Videoüberwachung in Köln“, AN/0465/2016) auf und äußert, dass die Piraten-Fraktion eine identische Anfrage („Fragen zur geplanten und dauerhaften Videoüberwachung auf den Kölner Ringen“, AN/0300/2016) im Rahmen des Unterausschuss für Digitale Kommunikation und Organisation vor etwa 2 Wochen bereits gestellt hat. Er bittet in diesem Zusammenhang um eine gemeinsame Beantwortung dieser beiden Anfragen.

Nach einer kurzen Aussprache sichert Herr Stadtdirektor Kahlen, wie bereits unter TOP 6.3 geschehen, eine entsprechende Beantwortung zu.

7.5 „Wegweiser – Präventionsprogramm gegen gewaltbereiten Salafismus“

RM Aymaz spricht den „Wegweiser – Präventionsprogramm gegen gewaltbereiten Salafismus“ des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW an und möchte in diesem Zusammenhang wissen, ob bzw. seit wann dieses Programm in Köln gestartet ist und wer die Akteure sind.

Herr Stadtdirektor Kahlen sichert die schriftliche Beantwortung dieser Anfrage zu.

7.6 „Frauen-Security-Point“

RM Woller fragt bezüglich des Sicherheitskonzeptes für Karneval in Köln nach einer Evaluation, insbesondere in Bezug auf den erstmalig in Köln eingeführten „Frauen-Security-Point“.

Frau Kronenberg antwortet, dass der „Frauen-Security-Point“ von keiner Frau aufgesucht worden sei. Sie führt einen Vergleich zur Stadt München auf, wo ein solcher Point vor einigen Jahren anlässlich des Oktoberfestes eingeführt worden ist, und erläutert diesbezüglich, dass auch dort in den ersten Jahren keine Inanspruchnahme des Points durch Frauen erfasst worden sei. Anlässlich des diesjährigen „Frauen-Security-Points“ in Köln werde nun überdacht, das Sicherheitskonzept der Stadt München für Karneval auf die Stadt Köln zu übertragen; dies sei viel mehr als lediglich der „Security-Point“. Dazu wurde für nächste Woche ein Termin mit dem Sozialdienst katholischer Frauen anberaumt, welcher den „Frauen-Security-Point“ an Karneval beraten hat. Gemeinsam werde dann überlegt, ob noch weitere Angebote zum Schutz für Frauen angeboten werden sollten. Abschließend betont sie, dass dieser Point ein wichtiges und politisches Zeichen darstelle und er großen Zuspruch von Passantinnen und Passanten erhalten habe.

7.7 Zugesetzte Kräfte im Bereitschaftsdienst der Polizei

Herr Wiener erkundigt sich dem Bestehen der aufgrund der Ereignisse der letzten Silvesternacht zugesetzten Kräfte im Bereitschaftsdienst der Polizei. Seiner Erinnerung nach habe der neue Polizeipräsident Kölns zugesagt, diese zugesetzten Kräfte zumindest bis zu Beginn der Rückrunde der aktuellen Fußballbundesligasaison abrufen zu können. Er möchte wissen, inwiefern nun - nach Beginn der Rückrunde der aktuellen Fußballbundesligasaison - immer noch zugesetzte Kräfte im Einsatz sind bzw. wie lange dieser Einsatz noch möglich wäre.

Herr Rummel bestätigt diese Ausführungen und spricht über die Aufnahme der „mobilen Wache“ in der vergangenen Woche. Diese werde täglich in den Abendstunden ab 18 Uhr durch Einsatzkräfte der Hundertschaft unterstützt. Ferner führt er aus, dass die Angelegenheit in der Entscheidungskompetenz des Kölner Polizeipräsidenten liege. Dieser befinde sich aber in ständiger Abstimmung mit der Kölner Oberbürgermeisterin. Abschließend betont er noch einmal, dass die zugesetzten Kräfte momentan nach wie vor im Einsatz seien.

Der Vorsitzende verkündet in diesem Zusammenhang, dass er den Kölner Polizeipräsidenten, Herrn Mathies, gebeten habe, in einer der nächsten AVR-Sitzungen – vermutlich in der nächsten AVR-Sitzung am 25.04.2016 – als Gast teilzunehmen.

8 Anträge

8.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Konzept "Mehr Präsenz und Ahndung durch verstärkten Ordnungsdienst" - Besetzung der vorgesehenen weiteren 60 Planstellen hier: Sofortmaßnahmen nach den Geschehnissen in der Silvesternacht" AN/0152/2016

Dieser TOP wird wegen Sachzusammenhang gemeinsam mit TOP 4.6, 8.2 sowie 10.9 unter 10.9 behandelt.

8.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Konzept "Mehr Präsenz und Ahndung durch verstärkten Ordnungsdienst" - Besetzung der vorgesehenen weiteren 60 Planstellen hier: Sofortmaßnahmen nach den Geschehnissen in der Silvesternacht" AN/0150/2016

Dieser TOP wird wegen Sachzusammenhang gemeinsam mit TOP 4.9, 8.1 sowie 10.9 unter 10.9 behandelt.

8.3 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Personalgewinnung" AN/0428/2016

**Stellungnahme der Verwaltung vom 04.03.2016
0783/2016**

Es wurde vor Eintritt in die Tagesordnung über die Dringlichkeit des Antrages abgestimmt (s.o.)

Beschluss:

Der Dringlichkeitsantrag sowie die Stellungnahme der Verwaltung vom 07.03.2016 hierzu werden in der nächsten AVR-Sitzung am 25.04.2016 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Die Dringlichkeit des Antrags wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion DieLinke abgelehnt.

8.4 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Werbeträger im öffentlichen Raum" AN/0466/2016

RM Dr. Elster erläutert den Inhalt und den Hintergrund des Dringlichkeitsantrages.

RM Richter schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an.

RM Krupp stellt die Zuständigkeit des AVR in Bezug auf diesen Dringlichkeitsantrag in Frage, da die Aufstellung aller Werbeträger vollständig durch Ämter des Dezernates VI gesteuert wird. In diesem Zusammenhang spricht er die für die Sitzung des Verkehrsausschusses am 01.03.2016 gestellte Anfrage der CDU-Fraktion und der Frakti-

on Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Werbesäulen“ (AN/0400/2016) an. Er äußert, dass er diese Verfahrensweise der genannten Fraktionen nicht nachvollziehen könne. Zudem betont er, dass zur Vermeidung von Leib und Leben wohl kein Antrag notwendig sei, sondern er ein entsprechendes sofortiges Einschreiten der Verwaltung in diesen Fällen als selbstverständlich ansehe.

RM Houben teilt mit, dass er die Auffassung von RM Krupp in Teilen ebenfalls vertrete, insbesondere in Hinblick auf das Argument, dass die Verwaltung bei Gefahr für Leib und Leben sofort eingreifen müsse. Zudem merkt er an, dass seinerzeit über die Aufstellung der Werbeträger sehr ausführlich diskutiert worden sei, sodass er nun das Ausmaß der Verwunderung nicht nachvollziehen könne.

Herr Stadtdirektor Kahlen äußert, dass die Angelegenheit „Werbeträger und -säulen“ bisher im Verantwortungsbereich von Dezernat VI gewesen sei. Auch er betont, dass im Zusammenhang mit Verkehrssicherungspflichten sofort gehandelt werden müsse. Abschließend bringt er zum Ausdruck, dass er es aus arbeitsökonomischer Sicht begrüßen würde, wenn der Ausschuss die Zuständigkeit für diesen Antrag dem Verkehrsausschuss zuspreche.

RM Richter äußert in Bezug auf die Ausführungen von RM Houben, dass die Wahl der Standorte seinerzeit im Vergleich zur Größe und Farbe der Werbeträger nicht durch die politischen Gremien beschlossen worden sei. Er schlägt vor, das Ergebnis der Überprüfung der Werbeträger zusätzlich in den Verkehrsausschuss zu geben.

Heer Mess erkundigt sich nach der Höhe der Einnahmen der Stadt Köln durch diese Werbemaßnahme. Diesbezüglich verweist Herr Stadtdirektor Kahlen auf den Verkehrsausschuss.

Der Vorsitzende Herr Petelkau schlägt vor, über den Antrag in der gestellten Form abzustimmen mit der Bitte, dass das Ergebnis der Überprüfung sowohl dem AVR als auch dem Verkehrsausschuss in schriftlicher Form mitgeteilt wird.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, nach den Hinweisen des ADFC auf mögliche Verkehrsgefährdungen bis zur nächsten Sitzung am 25.04.2016 die Aufstellung aller Werbeträger, insbesondere der Werbesäulen, im öffentlichen Raum zu überprüfen. Bei Aufstellung ohne entsprechende Erlaubnis ist unverzüglich für den Abbau zu sorgen, bei Behinderung von Sichtachsen oder sonstigen verkehrlichen Beeinträchtigungen ist kurzfristig eine Umsetzung zu prüfen und zu veranlassen.

Ebenso sind die Fundament-Säulen der bereits vor langer Zeit abgebauten Werbebildschirme unverzüglich zu entfernen.

Bei Prüfung der aktuellen Standorte sowie neuer Standorte ist die jeweilige Bezirksvertretung entsprechend der seinerzeitigen mündlichen Nebenabrede zwischen der Stadt Köln, der Firma Stadtwerke Köln GmbH und der Politik einzubinden.

Dem AVR **sowie dem Verkehrsausschuss** ist entsprechend Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen, Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln 0666/2015

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.2 "Null Toleranz für Raser" - Ordnungsbehördliche Maßnahmen gegen die Raserszene im Kölner Stadtgebiet - Maßnahmenpaket II - Auenweg und Ringe 3678/2015

Die Bezirksvertretung Mülheim hat in ihrer Sitzung am 22.02.2016 einstimmig beschlossen, dem Rat die Beschlussvorlage in geänderter Form zu empfehlen.

RM Krupp schlägt vor, dem Rat die Beschlussvorlage ebenfalls in dieser geänderten Form zu empfehlen.

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. Der Bedarf in Höhe von 428.400,- Euro (brutto) wird anerkannt.
2. Zur Finanzierung der Investitionskosten in Höhe von 428.400,- Euro beschließt der Rat eine vorläufige außerplanmäßige Bereitstellung von Auszahlungsermächtigungen gemäß § 83 GO NW im Haushaltsjahr 2016 im Teilfinanzplan 0205 – Verkehrsüberwachung, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen. Hiervon entfallen 257.000 Euro auf die neu einzurichtenden Finanzstelle 3200-0205-1-2100, Geschwindigkeitsüberwachung Kölner Ringe und 171.400 Euro auf die neu einzurichtende Finanzstelle 3200-0205-9-2500, Geschwindigkeitsüberwachung Auenweg.

Die vorläufige Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen, Finanzstelle 3701-0212-0-0100, Kraftfahrzeuge.

Weiterhin beauftragt der Rat die Verwaltung, die erforderlichen Auszahlungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 428.400 Euro im Haushaltsplan 2016/2017 zu veranschlagen. Mit Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2016 ist die außerplanmäßige Mittelbereitstellung rückabzuwickeln.

3. Die derzeitigen Maßnahmen für den Auenweg werden im Rahmen der Neugestaltung des Euroforum West überprüft.

4. Die Zusetzung von 1,0 Stelle in BGr. A10 ÜBesG NRW bzw. VGr. IV b, Fgr. 1a BAT (Entgeltgruppe E9 TVöD), zunächst auf zwei Jahre befristet.

Da eine Besetzung der Stelle bereits mit sofortiger Wirkung notwendig ist, wird die entsprechende Stelle im Vorgriff auf den Stellenplan 2016/2017 verwaltungsintern zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.3 Bedarfsfeststellung über die Ausschreibung eines Rahmenvertrages von Dienstleistungen zum Bewachen von Baken / Absperrungen im Kölner Stadtgebiet und sonstigen Dienstleistungen
0011/2016**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales erkennt den Bedarf zur Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung zum Abschluss eines Rahmenvertrages von Dienstleistungen zum Bewachen von Baken / Absperrungen im Kölner Stadtgebiet an und verzichtet auf den Vergabevorbehalt.

Die Realisierung der Maßnahme erfolgt unter Berücksichtigung der Bestimmungen von § 82 GO NW (vorläufige Haushaltsführung).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.4 Änderung der Vergnügenssteuersatzungen für Spielgeräte bzw. Geldspielgeräte und Spielgeräte ohne Gewinnmöglichkeit
0165/2016**

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die

- a) als Anlage 1 beigefügte 6. Satzung zur Änderung der Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Spielgeräten im Gebiet der Stadt Köln vom 16. Dezember 2005 (Zeitraum 01.01.2006 - 30.06.2010)
- b) als Anlage 2 beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Satzung zur Besteuerung des Spielvergnügens an Geldspielgeräten im Gebiet der Stadt Köln vom 15. Juni 2010 (Zeitraum 01.07.2010 - laufend)
- c) als Anlage 3 beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Satzung zur Besteuerung

des Spielvergnügens an Spielgeräten ohne Gewinnmöglichkeit im Gebiet der Stadt Köln vom 15. Juni 2010 (Zeitraum 01.07.2010 - laufend)

in der jeweils zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.5 Markenprozess Köln - Erfüllung des Ratsauftrages und Fortführung der Aufgabe
3383/2015**

RM Dr. Elster schlägt vor, so wie der Wirtschaftsausschuss zu verfahren, d.h. die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen mit der Bitte um Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit eines weiteren befristeten Arbeitsvertrages mit der derzeitigen Stelleninhaberin und um schriftliche Mitteilung sowie um eine schriftliche Stellungnahme des Gesamtpersonalrates zu dieser Frage.

Die geforderte Stellungnahme der Verwaltung in Bezug auf diese personalrechtliche Fragestellung liegt mit Datum vom 01.03.2016 vor.

RM Houben merkt an, dass sich der Wirtschaftsausschuss ausschließlich mit der personalrechtlichen Fragestellung befasst hat.

RM Dos Santos Hermann erklärt, dass der Markenprozess Köln aus der Sicht ihrer Fraktion weitergeführt werden müsse. Aus personalrechtlicher sowie sachlicher Sicht hält sie eine Befristung nicht für gerechtfertigt.

RM Richter rät, dem Vorschlag von RM Dr. Elster zu folgen und die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

RM Tokyürek erkundigt sich nach der vom Wirtschaftsausschuss geforderten schriftlichen Stellungnahme des Gesamtpersonalrates zu dieser Fragestellung.

Daraufhin äußert sich Herr Langner und appelliert, dass eine unbefristete Weiterbeschäftigung der Stelleninhaberin erfolgen solle. Dies sei ein Signal nach „außen“. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die Personalsituation der Stadt Köln.

Herr Dr. Becker schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an. Er befürwortet es im Sinne des Arbeitsgebers Stadt Köln, wenn die Stelleninhaberin weiterbeschäftigt werde – unabhängig von der Frage, ob der Markenprozess Köln fortgeführt wird.

RM Krupp betont, dass die SPD-Fraktion die Meinung vertritt, die genannte Stelle zu entfristen.

Abschließend wiederholt Herr Dr. Becker seine Auffassung, das Sachthema (Weiterführung der Aufgabe Markenprozess Köln) vom Personalthema (Beschäftigung der derzeitigen Stelleninhaberin) zu trennen.

Beschluss:

Der Ausschuss bittet um eine schriftliche Stellungnahme des Gesamtpersonalrates zur vorliegenden personalrechtlichen Fragestellung.

Der Ausschuss verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.6 3. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2016 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2016 an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten 4113/2015

RM Dr. Elster schlägt vor, so wie der Wirtschaftsausschuss zu verfahren, d.h. die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen mit der Aufforderung, die Bezirksvertretungen erneut in die Beratungsfolge aufzunehmen und vorab über die geplante Öffnung am 07.08.2016 im Stadtteil Deutz zu beschließen.

RM Richter wiederholt, dass also Deutz zu beschließen sei und die anderen Öffnungen noch durch die Bezirksvertretungen vorberaten werden sollen. Er fragt die Verwaltung, ob ab jetzt bei den noch kommenden Sitzungen der Bezirksvertretungen die komplette Vorlage eingebracht wird - und nicht wie bisher nur die reine Information -, damit diese sie auch beschließen können.

Daraufhin äußert Herr Rummel, dass allen Bezirksvertretungen bislang tatsächlich nur Mitteilungen zugegangen seien, da man von der Eilbedürftigkeit der Vorlage ausgegangen sei. Er teilt mit, dass von Seiten der Verwaltung nun versucht werde, in den einzelnen Bezirksvertretungen, die schon stattgefunden haben, bis zur Ratssitzung am 15.03.2016 Dringlichkeitsentscheidungen einzuholen. Zwei Bezirksvertretungen (Nippes und Ehrenfeld) sind noch „auf normalem Wege“ zu erreichen. So könne dem Wunsch des Wirtschaftsausschusses entsprochen werden.

RM Tokyürek erklärt, im Wirtschaftsausschuss sei beschlossen worden, dass den Bezirksvertretungen diese Vorlage erneut vorgelegt wird. Darunter falle jedoch leider nicht die angesprochene Öffnung in Deutz. Ferner spricht sie die vom Wirtschaftsausschuss geforderte und heute zur Vorlage bereitgestellte Anlage 14 an, welche für die bereits genehmigten Veranstaltungen die jeweiligen positiven Begründungen darlegt. Sie äußert, dass ihr diese positiven Begründungen auf den ersten Blick wie „Textbausteine“ erscheinen. Sie fragt nach, warum die aufgeführte Öffnung am 07.08.2016 in Deutz dringlich sei. Die Hauptveranstaltung sei entschieden worden und kann daher geplant werden, nun gehe es lediglich um die begleitende Ladenöffnung. Auch hier müsse die Vorlage der Bezirksvertretung vorgelegt werden und weiterhin entsprechend § 6 LÖG müssen die Verbände und die Gewerkschaften dazu angehört werden.

Herr Rummel äußert, dass im Rahmen der Einholung der Dringlichkeitsentscheidung Deutz bei der Bezirksvertretung Innenstadt mit eingeschlossen sei, d.h. im Rahmen der Einholung der Dringlichkeitsentscheidung würde also die Bezirksvertretung Innenstadt bzw. vertreten durch den Bezirksbürgermeister und ein weiteres Mitglied der Bezirksvertretung Innenstadt Zustimmung geben. Das bedeutet natürlich nicht, dass nicht auch schon im Rat diese Ladenöffnung ohne Anhörung der Bezirksvertretung beschlossen werden könnte. Insofern führe ja das Votum des Wirtschaftsausschusses, insoweit diesem hier noch gefolgt wird, zu der Möglichkeit, im Rat so zu beschließen. Was die erneute Anhörung angehe, wird hier konkret auf eine entsprechende Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes reagiert. Diese Vorgaben seien klar und deutlich und zu prüfen. Dies ist in der umfangreichen Tischvorlage, Anlage 14, dargestellt und kann nun noch weiter beraten werden. Insofern das ohne Vo-

tum weitergegeben wird, sei noch ausreichend Zeit, sich dieses noch mal anzuschauen und zu bewerten bis zur Sitzung des Rates.

Der Vorsitzende teilt mit, dass er nun in der Fassung wie Wirtschaftsausschuss abstimmen lässt.

Beschluss:

Der Ausschuss fordert die Verwaltung auf, die Bezirksvertretungen erneut in die Beratungsfolge aufzunehmen.

Er empfiehlt dem Rat, vorab in seiner Sitzung am 15.03.2016 über die in § 1 Absatz 3 des Entwurfes über die „3. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2016 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen, Kernbereich Innenstadt, Agnesviertel, Deutz, Severinsviertel, Neustadt-Süd, Sürth, Rodenkirchen, Lindenthal, Sülz/Klettenberg, Nippes, Longerich; Porz-City, Rath/Heumar, Dellbrück, Mülheim“ aufgeführte Öffnung am 07.08.2016 im Stadtteil Deutz zu entscheiden.

Für die weitere Beratungsfolge wird eine Ergänzung der Vorlage um eine Tabelle erbeten, die alle ursprünglich beantragten Veranstaltungen auflistet und die die nun verbliebenen, genehmigungsfähigen Veranstaltungen kennzeichnet. Die Tabelle ist um die positive Begründung, warum die zur Genehmigung vorgeschlagene Veranstaltung die aus dem Urteil abgeleiteten Kriterien erfüllt, zu ergänzen. Außerdem soll sie Hinweise enthalten, wenn Veranstaltungskonzepte von den Antragstellern an die neue Rechtslage angepasst worden sind.

Der Ausschuss verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DieLinke und bei Enthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

**10.7 5. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Rheinische Musikschule der Stadt Köln
0192/2016**

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die 5. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Rheinische Musikschule der Stadt Köln gemäß Anlage 1.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.8 Bedarfsfeststellung für die Seniorenvertretungswahl am 22. Oktober
2016
0464/2016**

Beschluss:

1. Der AVR erkennt den Gesamtbedarf zur Durchführung der Seniorenvertretungswahl 2016 i.H.v. 375.500 bis 491.800 EUR an.
2. Die erforderlichen Mittel sind im Teilplan 0211 – Wahlen – für das Haushaltsjahr 2016 veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.9 Konzept "Mehr Präsenz und Ahndung durch verstärkten Ordnungsdienst"
0423/2016**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0486/2016**

Der TOP 10.9 wird wegen Sachzusammenhang gemeinsam mit 4.6, 8.1 und 8.2 behandelt.

- 4.6 Sicherheit im öffentlichen Raum
hier: Sachstandbericht zum Beschluss des AVR aus seiner Sitzung am 25.01.2016 (Grundlage: AN/0200/2016)
- 8.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Konzept "Mehr Präsenz und Ahndung durch verstärkten Ordnungsdienst" - Besetzung der vorgesehenen weiteren 60 Planstellen
hier: Sofortmaßnahmen nach den Geschehnissen in der Silvesternacht"
- 8.2 Konzept "Mehr Präsenz und Ahndung durch verstärkten Ordnungsdienst" - Besetzung der vorgesehenen weiteren 60 Planstellen
hier: Sofortmaßnahmen nach den Geschehnissen in der Silvesternacht

Aufgrund der Beschlussvorlage der Verwaltung (TOP 10.9) erfolgte keine gesonderte Abstimmung über 4.6, 8.1 und 8.2.

RM Richter erläutert den Inhalt und die Bedeutung der 3 Beschlüsse des Änderungs- bzw. Zusatzantrages. Er trägt vor, dass zum 01.12.2015 zur Stärkung des Ordnungsdiensts 40 Planstellen zugesetzt worden sind, woraufhin über 1.000 Bewerbungen folgten. Von diesen Bewerberinnen und Bewerben wurden wiederum 650 zum Einstellungstest eingeladen und schließlich konnten 24 Stellen besetzt werden. Ausgehend von einer solchen Quote stellt er sich die Frage, wie durch 280 weitere Bewerbungen die nun diskutierte Zusetzung von 60 Planstellen erfolgen solle. Ferner hält er eine Weiterentwicklung des Konzeptes aufgrund der neuen Bedarfe für erforderlich und erwähnt diesbezüglich die Mitteilung der Verwaltung, TOP 4.6. Er bittet um zeitnahe Bereitstellung des überarbeiteten Konzeptes zum zentralen und dezentralen Einsatz von Ordnungskräften, wenn möglich in der nächsten AVR-Sitzung am 25.04.2016.

RM Krupp erinnert an die 3 Dringlichkeitsanträge der SPD-Fraktion bezüglich einer vorgezogenen Besetzungsfreigabe der 60 Planstellen im Ordnungsdienst zum nächstmöglichen Zeitpunkt. Die Dringlichkeit dieser Anträge wurde in der Sitzung des Hauptausschusses am 18.01.2016, in der AVR-Sitzung am 25.01.2016 und in der Ratssitzung am 02.02.2016 jeweils abgelehnt. Insofern begrüßt er nun die diesbezügliche Verwaltungsvorlage, TOP 10.9. Er spricht die Kooperationsvereinbarung der CDU und Bündnis 90/Die Grünen an, nach welcher wie ursprünglich vorgesehen die Zusetzung von 30 Planstellen zum 01.10.2016 und weitere 30 Planstellen zum 01.01.2018 vorgesehen sei. Ferner kritisiert er die im Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion vom 23.02.2016 (für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.03.2016, AN/0379/2016) angesprochene „Aufrechnung“ der geplanten Stellen im Ordnungsdienst zugunsten der Refinanzierung notwendiger Streetwork-Stellen. Abschließend betont er, dass die SPD-Fraktion ihre Auffassung in Bezug auf die Zusetzung der Stellen im Ordnungsdienst aufgrund der Geschehnisse in der vergangenen Silvesternacht geändert habe.

RM Dr. Elster entgegnet, dass es sich um einen ursprünglichen Antrag der CDU-Fraktion handle und um ein von Herrn Stadtdirektor Kahlen eingebrachtes Konzept. Er führt aus, dass die CDU-Fraktion im Vergleich zur SPD-Fraktion die Zusetzung der 100 Planstellen im Ordnungsdienst nicht stufenweise, sondern vollständig im Jahr 2014 vollziehen wollte. Er gibt zu bedenken, dass die Haushaltssystematik in Bezug auf Stellenbesetzungen bedacht werden müsse. Er teilt mit, dass die Verringerung des Personal- und Sachaufwandes im Bereich des Ordnungsdienstes nicht die einzige Deckungsmöglichkeit sei, alternativ hätte ebenso gut beispielsweise die Verringerung des Personal- und Sachaufwandes im Bereich der Sportverwaltung aufgeführt werden können. Abschließend appelliert er an den Ausschuss, dem Änderungs- bzw. Zusatzantrag zuzustimmen und betont, dass die 2 Dringlichkeitsanträge der SPD-Fraktion, TOP 8.1 und 8.2, hinfällig seien, sofern der Verwaltungsvorlage, TOP 10.9, zugestimmt werde.

RM Houben äußert Verwunderung über die aufgrund der Geschehnisse in der vergangenen Silvesternacht geänderte Auffassung der SPD-Fraktion in Bezug auf die Zusetzung der Stellen im Ordnungsdienst.

RM Krupp weist daraufhin, dass die Zusetzung der 100 Planstellen im Ordnungsdienst auf eine Initiative des Herrn Stadtdirektors zurückgehe, vgl. TOP 8.2 in der Niederschrift der AVR-Sitzung vom 22.09.2014. Er wiederholt seine zuvor getroffenen Kernaussagen und betont diese eindringlich.

Auch RM Richter unterstreicht seine zuvor getroffenen Ausführungen in Bezug auf die tatsächliche Besetzung bzw. Nichtbesetzung der zugesetzten Planstellen im Ordnungsdienst.

RM Tokyürek fasst zusammen, dass man sich fraktionsübergreifend in dieser Sache im Grunde einig sei und daher nun gemeinsam zu einer Entscheidung kommen sollte.

Herr Petelkau ergreift das Wort und stellt klar, dass es sich originär insbesondere um die Initiative der CDU-Fraktion handle. Daraufhin entsteht eine lebhafte Aussprache zwischen einzelnen Ausschussmitgliedern verschiedener Fraktionen. Herr Petelkau erläutert, dass es seit den Geschehnissen der vergangenen Silvesternacht keine neue Sicherheitssituation, sondern eine neue Einschätzung der Sicherheitssituation gebe. Unstrittig sei, dass auch vor den besagten Geschehnissen die Anzahl krimineller Delikte im Stadtgebiet Köln besonders hoch war.

Herr Stadtdirektor Kahlen hofft, dass die Stellen im Ordnungsdienst bis zum Sommer 2016 besetzt sind. Er informiert darüber, dass die Oberbürgermeisterin in der letzten Ratssitzung am 02.02.2016 berichtet hat, dass 36 Personen zum 15.03.2016 vorbehaltlich ihrer gesundheitlichen Eignung eingestellt werden können. Ferner habe die Oberbürgermeisterin in der Sitzung des Stadtvorstandes am 05.01.2016 sowie in der Sitzung des Hauptausschusses am 12.01.2016 deutlich gemacht, die Zusetzung der 60 Planstellen im Ordnungsdienst vorzuziehen. Herr Stadtdirektor Kahlen erinnert daran, dass er dies in der AVR-Sitzung am 25.02.2016 so an den Ausschuss weitergegeben habe. Zum Zwecke der Klarheit und Transparenz bittet er um Streichung des Satzes „Eine Refinanzierung notwendiger Streetwork-Stellen durch Verringerung des Personal- und Sachaufwandes bei den geplanten Ordnungsdienstes ist zu prüfen.“ aus dem Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion vom 23.02.2016 für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.03.2016, AN/0379/2016.

RM Dr. Elster erläutert, dass der heute im Rahmen dieser Sitzung zu treffende Beschluss in Bezug auf die vorliegende Verwaltungsvorlage, TOP 10.9, von der Formulierung des Beschlusstextes des Antrages der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion vom 23.02.2016 für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.03.2016, AN/0379/2016, unabhängig sei. Ihm gehe es um die Definition einer Schnittstelle von Streetworkern innerhalb des ordnungspolitischen Konzeptes.

RM Houben schlägt vor, die Formulierung des Beschlusstextes des Antrages der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion vom 23.02.2016 für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.03.2016, AN/0379/2016, unter Berücksichtigung der Anmerkungen des Herrn Stadtdirektors möglicherweise dahingehend zu ändern.

Der Vorsitzende Herr Petelkau lässt sowohl über den Änderungs- bzw. Zusatzantrag als auch über die Verwaltungsvorlage abstimmen.

Eine Abstimmung über TOP 8.1 und 8.2 ist somit hinfällig.
TOP 4.6 wurde konkludent zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt in Abänderung seines ursprünglichen Beschlusses vom 23.06.2015 zum Stellenplan 2015 (1510/2015) die vorgezogene Besetzungsfreigabe von 60 Stellen im Ordnungsdienst zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

Die für 2017 geplante Evaluation wird unbenommen von der vorgezogenen Besetzungsfreigabe beibehalten.

Der Beschluss wird wie folgt ergänzt:

1. Die Einstellung von zusätzlichen Ordnungskräften soll dazu dienen, bei Problemlagen in Köln besser intervenieren zu können. Dies betrifft den Bereich Bahnhofsvorplatz, Domumgebung, Altstadt, Kölner Ringe und weitere Citybereiche, die Erhöhung der Präsenz in anderen Teilen des Kölner Stadtgebiets sowie die intensiviertere Zusammenarbeit zwischen Ordnungsdienst und Polizei in Ordnungspartnerschaften. Die Handlungsfähigkeit des zentralen Ordnungsdienstes ist entsprechend zu optimieren. Zudem sind Aufgaben und Personaleinsatz des Bezirksordnungsdienstes je Stadtbezirk zu prüfen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag für die Finanzierung zusätzlicher Streetwork-Stellen im Rahmen des weiter entwickelten Konzepts „Steuerung und Intervention durch Streetwork“ vorzulegen, um kurzfristig weitere Streetwork-Teams zu schaffen und die Zusammenarbeit von städtischen Diensten, Trägern der freien Jugendhilfe, Schulen, Vereinen und Polizei zu verstärken.
3. In einem modifizierten Konzept "Mehr Präsenz und Ahndung durch verstärkten Ordnungsdienst" ist der zukünftige zentrale und dezentrale Einsatz der Ordnungskräfte konkret und dem Ausschuss kurzfristig darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussvorlage der Verwaltung (TOP 10.9) wurde einstimmig zugestimmt.

Dem Änderungsantrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Die Linke zugestimmt.

10.10 Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen Überführung des Evaluationsbetriebes in den Echtbetrieb 3516/2015

RM Dr. Elster schlägt vor, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen. Darüber hinaus schlägt er vor, dass der AVR auf die erneute Wiedervorlage dieser Beschlussvorlage nach Beteiligung der Bezirksvertretungen entgegen der Formulierung auf Seite 1 der Beschlussvorlage nicht verzichtet. Zu der Nutzung von iPads als ausschließliches Bürokommunikationsmittel äußert er sich kritisch, da diese beispielsweise nicht multifunktionsfähig sind, d.h. es kann jeweils nur eine Anwendung geöffnet sein bzw. genutzt werden. Vielmehr sieht er ein iPad als ein mobiles Unterstützungsmittel an. Abschließend schlägt er die Einbeziehung des Integrationsrates in die Beratungsfolge vor.

RM Houben bezeichnet die praktische Nutzung eines iPads für die einzelnen Ratsmitglieder, Mitglieder der Bezirksvertretungen und den stimmberechtigten Sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern als einen großen Fortschritt. In den meisten Fällen des politischen Geschäftes erfülle ein iPad die Anforderungen.

Es folgt eine kurze Aussprache. Es herrscht Einigkeit darüber, dass der Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation sowie der Integrationsrat mit in die Beratungsfolge einbezogen werden sollten sowie darüber, dass der Ausschuss entgegen der Formulierung auf Seite 1 der Beschlussvorlage nicht auf die Wiedervorlage verzichtet.

Frau Kerst äußert in diesem Zusammenhang ihren Unmut in Bezug auf die Menge der zu Anfang der AVR-Sitzungen bereitgestellten Tischvorlagen. Sie spricht sich dafür aus, dass die Sitzungsunterlagen mindestens 24 bzw. 48 Stunden vor Sitzungsbeginn online abrufbar sein sollen.

RM Krupp stimmt den Vorschlägen von RM Dr. Elster zu. Er kann nicht nachvollziehen, warum Personen, welche ein nicht städtisches Tablet im Rahmen ihrer Mandatsträgerschaft nutzen, auf die Zustellung der Sitzungsunterlagen in Papierform laut Nutzungsvereinbarung (Anlage 3 b) verzichten müssen.

Herr Sauer spricht den für diese Maßnahme vorgesehenen Personenkreis, zu welchem sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nicht zählen, an. Er stellt die

Sinnhaftigkeit des Ausschlusses in Bezug auf den elektronischen Versand der Sitzungsunterlagen von sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern in Frage.

RM Hegenbarth lobt die praktische Nutzung von iPads im Rahmen der Mandatstätigkeit, insbesondere in Hinblick auf das Einsparen von Papier.

Der Vorsitzende, fasst den Beschluss zusammen, d.h. der Unterausschuss sowie der Integrationsrat werden in die Beratungsfolge der Beschlussvorlage mitaufgenommen und auf die erneute Wiedervorlage verzichtet der AVR nicht.

Herr Dr. Becker bietet an, dass die erste Seite der Beschlussvorlage um die genannten Ergänzungen erweitert bzw. ausgetauscht wird. Der Ausschuss nimmt dieses Angebot dankend an.

Beschluss:

Der Ausschuss fordert die Verwaltung auf, den Unterausschuss Digitale Kommunikation und Organisation sowie den Integrationsrat mit in die Beratungsfolge aufzunehmen, und verzichtet nicht auf die Wiedervorlage.

Der Ausschuss verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

Bernd Petelkau
Vorsitzender

Midia Mahmod
Schriftführerin